

Inserate werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annonsen-Expeditionen  
Joh. Nesse, Hasselstein & Poggenpohl  
J. J. Paule & So., Jenaerstrasse

Berantwortlich für den  
Inserateninhalt:  
J. Klugkist  
in Posen.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 134

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierjährl.  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 22. Februar.

1893

Inserate, die schriftgestaltete Petitionen oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugte  
Stelle entsprechend höher, werden in der Erprobung für die  
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

148. Sitzung vom 21. Februar, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Präsident v. Bevekow eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bötticher, v. Marschall u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und event.

zweite Beratung des am 19. Juli 1892 mit Ägypten ab-

geschlossenen Handelsvertrages.

Abg. Graf Kanitz (konf.) empfiehlt den Vertrag als Muster-

handelsvertrag, weil derselbe keine Ermäßigung oder Bindung

deutscher Zollhäfen enthalte. Auch

Abg. Deichhäuser (nl.) empfiehlt die Annahme des Ver-

trages, ebenso der Abg. Dr. Barth (bfr.), worauf der Vertrag in

erster und zweiter Lesung unverändert angenommen wird.

Sodann wird die zweite Beratung des Etats des Reichs-

samts des Innern fortgesetzt.

Bei dem Kapitel: für Überwachung des Auswan-

derungswesens statt.

Abg. Dr. Lingens die Frage, ob in den Auswandererbaracken in Hamburg Cholerafälle vorgekommen seien und ob die Cholera durch Auswanderer eingeschleppt worden sei.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß Cholerafälle in den Hamburger Baracken nicht vorgekommen seien. Woher die Cholera im vergangenen Jahre eingeschleppt worden, wisse man mit voller Sicherheit nicht, er nehmte an, daß wir sie aus dem Osten bekommen hätten. Da der Strom der Auswanderer, der über Hamburg gehe, vorzugsweise aus dem Osten komme, liege allerdings die Befürchtung nahe, daß unter diesen Auswanderern sich von der Cholera infizierte Personen befinden hätten. Es sei deshalb eine weise Maßregel der Hamburger Behörde gewesen, daß sie diese Auswanderer in den Baracken isolirt habe, zum Schutz gegen die Verbreitung der Cholerasame in Deutschland und zur Beruhigung der Länder, die das Reisefest der Auswanderer bilden. Die mit den Baracken gemachten Erfahrungen seien günstige gewesen; man werde daher die Baracken beibehalten.

Abg. Dr. Hammacher wünscht, daß die Überwachung der Auswanderung von Reichswegen einheitlich geregelt werde. Er richtet an den Präsidenten die Frage, wann derselbe das dem Reichstag zugegangene Auswanderungsgesetz auf die Tagesordnung setzen wolle.

Präsident von Bevekow erwidert, daß er darüber einen Ent-

schluß noch nicht gefaßt habe, weil eine Besleutung nicht ge-

wünscht worden sei und der Reichstag dringendere Sachen zu er-

ledigen habe.

Abg. Dr. Barth bittet den Präsidenten, sich mit dem Aus-

wanderungsgesetz nicht zu beeilen, weil dasselbe wenig Aussicht auf Annahme habe.

Das Kapitel wird bewilligt.

Für die neue Kommission für Arbeiterstatistik sind 39 000 M. neu ausgeworfen.

Abg. Dr. Hirsch (bfr.) hätte es zwar lieber gesehen, wenn ein

besondres Arbeitsamt errichtet worden wäre, nachdem aber die

Kommission ihr Möglichstes thue, dürfe man nicht ohne Weiteres

über sie den Stab brechen, wie es in einem tendenziösen Artikel

des Vorwärts geschehen. In der Kommission habe stets das Be-

streben vorgehauert, der Wahrheit auf den Grund zu kommen und

man dürfe hoffen, daß die Kommission eine segensreiche Reichs-

institution werde. Schließlich beantragt Redner, den Reichstag

über die Arbeiten der Kommission fortgesetzt auf dem Laufenden

zu erhalten.

Staatssekretär v. Bötticher freut sich über das anerkennende

Urteil des Vorredners, in dem er sehr sympathische konservative

Anklage gefunden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die

Regierung glaubt, auf dem richtigen Weg zu sein, um in der Er-

kenntnis der Verhältnisse der arbeitenden Klassen fortzuschreiten.

Angiffe, wie sie der „Vorwärts“ gegen die Kommission gerichtet,

passirten der Regierung alle Tage, aber diese sei darüber nicht

besonders ärgerlich. Bei uns werde die Bedeutung des gedruckten

Wortes noch zu sehr überhöht; im Ausland sei das nicht der Fall.

Die Regierung habe sich über den Artikel des „Vorwärts“

gar nicht aufgeregt; wisse sie doch, daß die Arbeiten der Kom-

mmission zu Nutz und Frommen der Arbeiterwelt erfolgten. Dem

Reichstag seien bereits einige Exemplare der neuen statistischen

Aufnahmen zugegangen, auch die Protokolle der Kommission

würden ihm zugehen, überhaupt werde der Reichstag von den

Arbeiten der Kommission fortlaufend in Kenntnis gesetzt werden.

Abg. Müller (Dortmund) empfiehlt der Kommission möglichst

vorsichtiges und objektives Vorgehen, dann würden manche Vor-

urtheile zerstreut werden.

Abg. Bebel bezeichnet den angegriffenen Artikel des „Vor-

wärts“ als Privatarbeit eines Genossen, für welchen die Partei

nicht verantwortlich gemacht werden könne. Hirsch habe heute den

freiwilligen Regierungskommissar gespielt und särfer als sonst

gegen die Sozialdemokratie gesprochen, das komme wohl daher, daß

Herr Hirsch über die schmähliche Niederlage seiner Gewerkschaftler

bei den gefürchteten Berliner Gewerbegerichtswahlen ärgerlich sei. Die

Errichtung der Kommission sei dem steten Anbohren seiner Partei

zu verdanken, doch wäre es besser gewesen, wenn man gleich ein

Arbeitsamt errichtet hätte. Er bezweifte nicht, daß die Mitglieder

der Kommission ihre Schuldigkeit thun, aber die ganze Organisation

der Kommission, sowie die Methode der statistischen Erhebungen

seien zu bürokratisch. Wolle man zu sicheren Daten kommen, so

müsste man die englische Methode der statistischen Aufnahmen ein-

führen. Schließlich vertheidigt Redner seine Privatenquetz über

die Lage der Bäckereiarbeiter gegen verschiedene Angriffe.

Abg. Höske (wildliberal) befürwortet eine bessere Ausnutzung

der Lohnstatistiken der Berufsgenossenschaften zu sozialstatistischen

Zwecken.

Abg. Osann (natlib.) erwartet von der Arbeiterstatistik eine

günstige Rückwirkung auf die Arbeiterverhältnisse überhaupt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel Oberseeamt befürwortet

Abg. Schwarz (Sozialdemokrat, Bremen) eine Revision der

Seemannsordnung, weil sich seit dem Erlass derselben vor 20

Jahren die Schiffahrtsverhältnisse sehr geändert hätten. Redner vertritt sich eingehend über die Lage der Seeleute, über welche er die Vornahme einer Enquete wünscht. Auf den Schiffen werde besonders die Disziplinargewalt häufig missbraucht. Noch heute am Ende des 19. Jahrhunderts würden die Matrosen geprügelt.

Abg. Jebben (natlib., Flensburg) vertheidigt unsere Seemanns-

ordnung, welche die beste der Welt sei.

Abg. Bebel bemerkt, die Seeleute verlangten nicht blos eine Änderung der Seemannsordnung, sondern nach Analogie der Gewerbegerichte auch Schiffgerichte. In England habe der Abg. Blimond durch eine Bill durchgelegt, nach welcher jedes Schiff vor dem Auslaufen aus dem Hafen von Sachverständigen auf seine Seetüchtigkeit untersucht werde. Eine solche Vorrichtung sei auch bei uns nothwendig, denn wie die vom „Vorwärts“ erörterte Angelegenheit des Schiffshändlers Adolf Schiff in Elsfleth beweist, sei der Verdacht gerechtfertigt, daß bei uns seeuntüchtige Schiffe hoch versichert und dann in See gesetzt würden, um mit Mann und Frau unterzugehen und dem Schiffshändler die reiche Versicherung zu verschaffen. Redner fragt den Staatssekretär, ob Herr Schiff auch ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts sei.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß Anträge auf Änderung der Seemannsordnung bisher nicht gestellt worden seien, er gebe aber zu, daß seit Erlass dieser Ordnung die Verhältnisse der Schifffahrt sich wesentlich verändert hätten, so daß es wohl gut und nützlich sein werde, die Seemannsordnung einer Revision zu unterziehen. Herr Schiff sei nicht mehr ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Abg. Mehler (Sozialdemokrat) bringt Mitthandlungen von Seeleuten auf Schiffen zur Sprache, die zum Selbstmord der Mitthandlungen geführt hätten.

Abg. Jebben bestreitet das Vorkommen von Übelversichern von seeuntüchtigen Schiffen und nimmt den Schiffshändler Schiff gegen Bebels Angriffe in Schutz. Schiff sei ein tüchtiger, intelligenter Mann, dem eine solche Gemeinhheit nicht zuzutrauen sei.

Abg. Bebel konstatiert, daß Schiff gegen die schweren Be-

schuldigungen des Vorwärts nicht gerichtlich vorgegangen sei. Dieser Umstand, sowie die Thatache, daß Schiff sein Ehrenamt im Reichsversicherungsamt niedergelegt, beweise sonnenklar, daß Adolf Schiff in Elsfleth ein Massenmörder sei. (Bewegung.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf wird die Beratung auf morgen 1 Uhr vertagt.

Schluss nach 5 Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 21. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung des Kultusministeriums wird beim Kapitel: Universitäten fortgesetzt.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Der Etat der Universitäten zeigt eine besondere Sparsamkeit. Ob das den Unterrichtszwecken dienlich ist, bezweifelt mich. Es wäre Pflicht des Staates, auch in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges für die Universitäten, die Pflanzstätten idealen Lebens, zu sorgen. Wenn die Wissenschaft nicht gefördert wird, so leidet auch die wirtschaftlichen Zustände. Nicht bloß die Naturwissenschaften sollen gefördert werden, sondern auch die Geisteswissenschaften. Ein großer Nebenstand ist die jetzige Regelung der Professorengehälter, deren Fixierung ganz willkürlich ist, da einige Gehälter ganz unzulässig sind, andere zu hoch. Das führt daher, weil der für diese Zwecke zur Verfügung stehende Fonds ein Defizitfonds ist. Die Gehälter müßten anderweitig z. B. durch Einführung der Dienstaltersstufen geregelt werden. Herr Vorrich hat früher beklagt, daß die Hochschulen der modernen Richtung sich zuwenden, daß die Professoren antikristlich sind und dies sich zum Ruhme anrechnen. Diese Behauptung in ihrer Allgemeinheit ist unbewiesen und durchaus unrichtig. Sie wirkt ge- radezu verleidet.

Abg. Dr. Vorrich (Btr.): Auch ich beklage die bisherige Vertheilung der Professorengehälter. Gerade diejenigen Professoren bekommen die kleinsten Gehälter, deren Disziplinen derartig sind, daß sie reichliche Kollegengelder nicht abwerfen. Mit meinen Be- merkungen über die Irreligionosität der Professoren wollte ich nicht alle treffen, sondern nur die Regierung auf diesen Zustand aufmerksam machen. Es bleibt thathälflich Leute, die glauben, es gerechte ihnen zum Ruhme, wenn sie auf Grund ihrer Forschungen dazu kommen, die Existenz des dreieinigen Gottes zu leugnen. Neben den Umfang dieser antikristlichen Gefüllung auf den Universitäten habe ich nicht gesprochen. Wenn ein Dozent in einem wissenschaftlichen Buche ausführen kann, daß die Christia-

nisierung der Germanen und Franken der Moral dieser Völker nachtheilig gewesen sei, welchen Eindruck muß das auf gläubige Zuhörer machen? In Bonn hat ein Professor gesagt, daß auch für das Christentum der Monotheismus gelten müsse. Ein anderer liberaler Professor behauptet sogar, daß die Schöpfungsgeschichte, der Sündenfall u. s. w. nicht zu glauben seien, da diese Dinge der Wissenschaft widersprechen. Sogar der Geh. Rath

Wiese hat in seinen Lebenserinnerungen zu der Frage des Apostolikums eine unentschiedene Stellung eingenommen. Und doch lagt auch Wiese über den Unglauben der Gymnasialdirektoren und Lehrer. Vorläufig liegt in diesem Unglauben noch keine Gefahr für das Staatsleben, aber wie wird das erfaßt werden, wenn die Sozialdemokratie mehr Eingang findet? Die Sozialdemokratie läßt sich auf die Forschungsergebnisse von Feuerbach, Strauss und Renan. In den antikristlichen Verbündeten, wie dem Gewerbeverein für ehrliche Kultur, vielen darwinistischen Professoren und Sozialdemokraten neben einander die Hauptrollen. Ich will nach keiner Richtung hin die Freiheit der Wissenschaft befürchten, aber ich will, daß die Regierung, ebenso wie dem Unglauben Raum gegeben wird, auch für die Gläubigen in ausreichendem Maße sorgt.

Geheimrat Voß: Bei den staatlichen Zuwendungen müssen die Verhältnisse der einzelnen Stadt berücksichtigt werden. Daß die Lehrer nicht in vollem Umfang den Richtern gleichgestellt sind, ist richtig; die wissenschaftlichen Lehrer sind nur zu einem Drittel in die vierte Längsklasse eingestellt. Das liegt daran, daß die Lehrer ein bis zwei Jahre früher ins Amt kommen als die Richter.

Abg. Kropatschek (konf.) bringt die Lage der Direktoren an den staatlichen Anstalten zur Sprache. Es gebe noch eine ganze Reihe von Direktoren, welche noch nicht das Gehalt des ältesten Oberlehrers empfangen. Die Einführung des erhöhten Schulgeldes sei sehr schnell gegangen. Die Regelung der Anzettalitätsverhältnisse der Lehrer dagegen lasse noch auf sich warten. Während die Regelung mit der Vermehrung der etatsmäßigen Stellen vorgegangen sei, beschwerten sich besonders die Hilfslehrer an den städtischen Anstalten, z. B. in Berlin, daß sie zu spät in etatsmäßige Stellen eingestellt würden. Die Verhandlungen mit den Kommunen wegen des Normalatals müßten möglichst schnell und mit möglichst Liberalität geführt werden. Was nun die Reform in den Schulweisen betrifft, so habe er von Anfang an die Befürchtung geäußert, daß bei einem allzu raschen Vorgehen die Schüler nicht genügend arbeiten lernen. Er berufe sich auf einen scharfen Kritiker, wie es Abg. Richter sei. Derselbe kommt bezüglich des Gymnasiums in Koblenz zu dem Schluss, eins habe er auf dem Gymnasium gelernt, nämlich tüchtig arbeiten. Damit werde jenem

Gymnasium ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt; denn das sei die Hauptache bei der Schule: tüchtig arbeiten lernen.

Minister Dr. Bosse: Denjenigen Lehrern, bei denen sich bei nachträglicher Prüfung herausstellt, daß sie berechtigte Ansprüche auf die Bulage von 900 Mark haben, soll die Bulage vom 1. April 1892 ab nachgezahlt werden. Über den Normalatlas dürfen wir in keinem Fall hinausgehen.

Abg. v. Schenkendorf (nl.) verlangt stärkere Berücksichtigung der deutschen Literatur und Geschichte, sowie Abänderung des Lehrverfahrens. Es müßten erneute Versuche mit den Schulen mit gemeinschaftlichem Unterbau gemacht werden. Für einen gelehrten Fortschritt auf dem Gebiet des Schulwesens sei es nothwendig, daß ein ständiger Beirath für Schulfragen aus allen Berufskreisen gewählt werde.

Geheimrath Stauder: Die Erfahrungen, welche mit den Aenderungen im höheren Schulwesen gemacht worden sind, werden dem Hause in einer Denkschrift mitgetheilt werden. Die Zahl der lateinlosen Schulen wird sich zu Ostern 1893 von 65 auf 87 steigern. Die Entwicklung der Gymnasiasten-Seminare ist äußerst günstig. Im Ganzen sind es 40 Seminare. An jedem Seminar wurden sechs Kandidaten ausgebildet. Die außerpfeusischen Staaten sind uns auf diesem Gebiet gefolgt. Die Frage der Einheitsschule muß wegen ihrer großen sozialen Tragweite eingehend geprüft werden, jedes vorliegende Vorgehen wäre verfehlt. Gleichwohl hat der Minister den Frankfurter Versuch gebilligt. Erst nach einer Reihe von Jahren würden praktische Ergebnisse vorbanden sein. Ein technischer Beirath aus den verschiedenen Berufskreisen ist nicht nothwendig, weil die Provinzialschulfollegen und Direktorenkonferenzen ausreichen. Bei bestimmten Fragen, wo es nöthig wird, wird der Minister den Beirath berufen. Die Unterrichts-Verwaltung hat alles geleistet, was in der kurzen Zeit zu erreichen war. Ein abschließendes Werk ist diese Reform freilich nicht.

Abg. Dr. Schmelzer (nl.): Bezuglich des Normalatlas bitte ich den Minister, die Verhandlungen mit den einzelnen Städten nicht schriftlich, sondern durch Kommissare zu führen. Das würde erheblich zur Beschleunigung der Sache beitragen. Was den Maximalstundenplan betrifft, so habe ich noch niemals einen Lehrer getroffen, der zehn Wochen lang täglich 4 Stunden hätte unterrichten können. Die Behauptung, die Lehrer kämen früher als die Juristen ins Amt, ist nicht ganz richtig. Die Juristen machen ihr Examen bereits im siebenten oder achten Semester, die Philologen erst nach sechsjährigem Studium. Die Lage der Hilfslehrer ist nicht beseidenswerth. Sie erhalten nur 125 M. monatlich Gehalt, während der Hilfsrichter 200 M. bekommt.

Abg. v. Garlinski (Pole) bittet, daß die polnischen Bücher, welche vor drei Jahren zur Untersuchung ausgeliefert seien, den Schülern wiedergegeben werden.

Geheimrath Stauder erklärt, die Bücher könnten nicht zurückgegeben werden, da sich ihre Ansichtigkeit in politischer und leider auch litthischer Hinsicht herausgestellt habe. Eine Endrevision werde noch stattfinden!

Abg. Dr. v. Jaidzewski (Pole) führt Beschwerde, daß in der Provinz Posen unter 20 Gymnasien nur 3 katholische seien, obwohl die Bevölkerung größtenteils katholisch sei.

Minister Bosse entgegnet: Die Verteilung der Gymnasien sei durchaus gerecht, da der größte Theil der in Betracht kommenden Schüler evangelisch und deutsch sei.

Die weitere Beratung wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Vorher wird über den Antrag Graf Limburg, betreffend Einstellung der Strafverfahren gegen den Freiherrn v. Hammerstein verhandelt.

Schluss 4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 21. Febr. Die Agrarier haben heute wieder einmal geschrieen. Am Sonnabend war es der Bund der Landwirthe, gestern der Deutsche Bauernbund, heute sind es die Steuer- und Wirtschafts-Reformer, die einen Handelsvertrag mit Russland für das mäkloseste Unglück halten, das uns treffen könnte. "Der Uebel größtes aber ist die Schuld." So nämlich ist die Meinung des Herrn Grafen v. Mirbach, dem herzlicher Dank gebührt für die reizende Offenheit, mit der er in der Versammlung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer die letzten Ziele der agrarischen Agitation enthüllt hat. Einen Staatsmann sehnt sich Graf Mirbach herbei, der der Landwirtschaft „ex fundamento“ hilft. Was Fürst Münster aethan hat, das war noch gar nichts. Ein Mann muß kommen, der das Uebel an der Wurzel packt, und nichts kann helfen, wenn nicht das Vererbungs- und Verpfändungswesen neu geformt wird. Was der enorm

reiche Grundbesitzer Graf Mirbach sich bei dieser Förderung denkt, hat man heute ebenso wenig erfahren wie neulich im Reichstage, wo er denselben Wunsch mit der ihm auszeichnenden Schüchternheit zart andeutete. Aber die Steuer- und Wirtschafts-Reformer haben Beifall geschrieen, und bei diesen wie bei den zahlreichen weiteren Angriffen auf die Regierung saß ein Vertreter des Landwirtschaftsministers, der Herr Geheimrath Thiel, ruhig dabei und ließ alle Klagen und Anklagen über sich ergehen. Wie soll da den Agrariern nicht der Muth in der Brust seine Spannkraft üben. Sie werden ja mit Handschuhen angefaßt, und die „N. A. Z.“ hört nicht auf, den Eindruck der Kanzlerrede vom Freitag durch beschwichtigende Leitartikel abzuschwächen. Dem Bunde der Landwirthe werden Liebenswürdigkeiten gesagt, das Recht der Grundbesitzer, einseitige Forderungen zu erheben, wird anerkannt, und man ist außer Stande zu sagen, weshalb Graf v. Caprivi sich mit Worten so scharf gegen die Agrarier wendet, wenn er auf solche Weise bemüht ist, wieder einzulenken. Freilich hilft es ihm nichts bei den aufgeregten Herren. Herr v. Thüngen erklärte heute, als Bayer könne er sich den Bayern nicht ohne Reichstreue, wohl aber das Reich ohne Caprivi vorstellen. Ein mäßiger Witz, aber in den Kreisen dieser Herren ist man nicht sehr anspruchsvoll, und die Wirkung ist verbürgt.

Berlin, 21. Febr. Der Zentrums-Abgeordnete Porsch beklagte sich hente, bei der Beratung des Kultus-States, über die unglaublichen Professoren. Als nach seiner Meinung krasstes Beispiel führte er an, daß ein liberaler Professor die Schöpfungsgeschichte, sowie die Geschichte vom Sündenfall für unglaublich, weil der Wissenschaft widersprechend, erklärt habe. Und dabei ist Herr Porsch noch so gütig zu erklären, daß er die Freiheit der Wissenschaft nicht beschränken wolle. Die evangelische Orthodoxie verdient

gewiß manchen Vorwurf, aber Angriffe, wie sie der nicht einmal zelotische Abg. Porsch für gut findet, würde sie sich denn doch nicht mehr gestatten. Dem Zentrum ist Vieles erlaubt, und der Gebrauch, den es vom Rechte der Minderheit macht, wird von der nichtkatholischen Mehrheit fast über das Nothwendige hinaus verstattet.

Der Kaiser hat am Dienstag früh kurz nach 8 Uhr den zweiten Bürgermeister von Berlin, Kirchner, in Audienz empfangen.

Die „Hamb. Nachr.“ enthalten wiederum ein volles Maß von Angriffen gegen die Regierung. An leitender Stelle beschäftigt sich das Blatt mit der Rede des Grafen Caprivi, dem eine Reihe ausgesuchter Malice gesagt wird. So heißt es:

Der Reichskanzler hat in seiner Rede vom vorigen Freitag erklärt, er sei konservativ. Daß er es früher war, wissen wir; zu der Frage, ob er es heute noch ist, liegt die eigentümliche Thatache vor, daß alle seine Darlegungen von der lebhaften Zustimmung der Linken begleitet wurden, und daß er sich in mehr oder weniger lebhaftem Kampfe mit der konservativen Partei für seine Person befand. Wir finden zwischen dem parlamentarischen Redner und dem Staatsmann Caprivi keine volle Übereinstimmung. Die Landwirtschaft, deren Interessen die Unterlage für die Diskussion bildeten, erfreut sich seiner warmen Theilnahme. Wir können seine Stellung ihr gegenüber mit der in gubernementalen Auszügen beobachteten Wendung bezeichnen: „Wir werden die Sache im Auge behalten.“ Wie das gemeint ist, weiß jedermann. Es entspricht dem Maße von aufrichtigem Wohlwollen, das die Bureaucratie für die Landwirtschaft übrig hat. Die Bureaucratie ist eben an sich „nichts als Konsumtum“, sie sät nicht, sie erntet nicht, sie produziert auch wirtschaftlich nicht und ihr Gehalt besteht sie doch. Am Schlusse des Artikels wird gesagt: „Wir hätten kaum geglaubt, daß die Selbstzufriedenheit der Herren von der jetzigen Regierung im Rückblick auf alles seit 3 Jahren Geschehene noch heute so groß sein könnte, wie sie sich in der Rede des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen in diesen Tagen ausgesprochen hat.“

Ein anderer Artikel handelt vom Geh. Rath Huber, der als Freihändler bezeichnet wird, dem nach dem Rücktritt Delbrück's jeder Einfluß entzogen worden sei. Es sei ein Irrthum, wenn der Reichskanzler behauptet, der Geh. Rath Huber sei vom früheren Reichskanzler immer verwandt worden, Handelsverträge abzuschließen. Unter dem alten Kurse erfolgten vergleichbare Abschlüsse durch den Minister selbst.

Unter dem Eindruck der Wahl in Arnswalde-Friedberg hatte die öffentliche Meinung wohl aller Parteien, hatten auch zahlreiche Parlamentarier einen ähnlichen Ausgang der Wahl in Liegnitz für möglich gehalten. Das ziffermäßige Wahlergebnis zeigt aber, daß im Wesentlichen nur früher konservative Stimmen auf Hertwig übergegangen sind. Das ist ganz in der Ordnung so, und die guten Freunde mögen es unter sich ausmachen, wenn einer die Interessen des Anderen verletzt. Zwischen dem Arnswalder und dem Liegnitzer Wahlkreise ist freilich der große Unterschied, daß ersterer keine Industrie hat, überhaupt von der modernen Entwicklung weniger berührt ist und daher die beste Stätte für die Betätigung seidaler und geistlichen Einflusses bildet, während der industrielle Liegnitzer Wahlkreis mit seinem gebildeten Bürgerthum und seinem intelligenten Arbeiterstande die rückständigen Elemente zu ziemlicher Einflusslosigkeit verurtheilt. In Liegnitz selbst besteht zwischen der das Bürgerthum vertretenden freisinnigen Partei, die in der Kommunalverwaltung maßgebend ist, und den sozialistischen Arbeitern ein gespanntes Verhältniß, das neuerdings wieder in Betreff der Sonntagsruhe zum Ausdruck gekommen ist. Indes ist der Gegensatz zwischen Arbeitern und Antisemiten doch größer und tiefer. Eine Unterstützung einer dieser Parteien durch die andere ist unseres Wissens auch überhaupt noch niemals vorgekommen.

Die telegraphische Verbindung zwischen Deutschland und Kamerun ist, wie schon gemeldet, hergestellt. Sir John Pender, Präsident der Afrikanischen Telegraphen-Gesellschaft telegraphierte an den Staatssekretär v. Stephan:

„Legung des Kabels Bonny-Kamerun am 18. beendet; sende Ihnen Glückwunsch zu diesem Werk, welches die schnellste Verbindung Kameruns mit allen Telegraphen der Erde verwirkt, und bin überzeugt, daß es eine reiche Entwicklung des Verkehrs und der sozialen Interessen zur Folge haben wird.“

Der „Vor“ zufolge sind jetzt die sämtlichen dreizehn Kästen, welche kürzlich wegen angeblich revolutionärer Untrübe in Berlin verhaftet worden waren, gestern wieder freigelassen worden. Acht von ihnen haben Ausweisungsbefehle erhalten und müssen Berlin binnen 48 Stunden verlassen. Dieselben reisten Dienstag Abend bereits ab.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 21. Febr. In der Militär-Kommision des Reichstags fand heute eine vorbereitende Diskussion über den Begriff der „Durchschnittsstärke“ in § 1 Absatz 2 der Vorlage und über die Ausscheidung der Unteroffiziere aus derselben statt. Anträge lagen nicht vor. Eine Abstimmung fand nicht statt. Die Versuche des Abg. Hinze eine Verkürzung der auf 14 Tage berechneten Rekrutenvakanz, d. h. eine Zurückrechnung der erwarteten Summen für die vor dem 1. Oktober entlassenen Mannschaften durchzusehen, blieb ohne Erfolg. Daß eine frühere Entlassung der Mannschaften erfolgen könnte, wurde nicht in Abrede gestellt; die Militärvorwaltung könne aber feinerlei Verpflichtung übernehmen. Abg. v. Bentzingen kündigte einen Antrag an, die vierten Bataillone nur im Zusammenhang mit der zweijährigen Dienstzeit zu bewilligen. Nächste Sitzung Donnerstag: Finanzielle Fragen.

## Militärisches.

\* Personalveränderungen im V. Armee-Korps. Lude, Sek.-Lieut. von der Kav. 1. Aufgebots des Landw.-Bezirks Rawitsch, zum Prem.-Lieut.; die Bizefeldwebel Caesar vom Landw.-Bezirk Gera, zum Sek.-Lt. der Res. des 3. Posen. Inf.-Regts. Nr. 58, Riebel vom Landw.-Bez. Freiburg, zum Sek.-Lt. der Res. des 1. Schles. Gren.-Regts. Nr. 10, Neuhäuser vom Landw.-Bezirk Liegnitz, zum Sek.-Lt. der Res. des Brandenburg. Fuß.-Regts. Nr. 35, Behren-Schwarzbach vom Landw.-Bezirk Posen, zum Sek.-Lt. der Res. des Pomm. Fuß.-Regts. Nr. 34, befördert. Dr. Mohr beim 2. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 47 als Unterarzt eingestellt.

\* Personalveränderungen in der 4. Division. Engler, Sek.-Lieut. von der Feld-Art. 1. Aufgebots des Landw.-Bezirks Bromberg, zum Prem.-Lieut. befördert. Busse, Sek.-Lt. von der Inf. 2. Aufgebots des Landw.-Bezirks Nowrażlaw der Abschluß bewilligt. Die Bizefeldwebel Volkmar vom Landw.-Bezirk Graudenz zum Sek.-Lieut. der Res. des Pomm. Fuß.-Regts. Nr. 34, Stahl, vom Landw.-Bez. Schnedemühl, zum Sek.-Lieut. der Res. des Gardes-Fuß.-Art.-Regts., befördert. Student der Medizin Berger beim Inf.-Regt. Nr. 129 als Unterarzt eingestellt.

## Verwisches.

† Aus der Reichshauptstadt, 21. Febr. Im Deutschen Verein zur Förderung der Luftschiffahrt erstattete am Montag Abend in der Kriegs-Akademie Professor Asmann Bericht über den Fortgang der Arbeiten für die geplanten großen wissenschaftlichen Ballonfahrten. Der große Ballon ist bereits fertig und aus Hannover nach der auf dem Siemenses Terrain aufgebauten Baracke überführt worden, wo die letzten Montirungsarbeiten vorgenommen sind. Sobald die wissenschaftlichen Instrumente vollendet sind, will man zunächst eine Freifahrt unter Benutzung gewöhnlichen Leuchtgases unternehmen. Für die eigentlichen wissenschaftlichen Fahrten wird man jedoch nicht Leuchtgas, sondern eine leichtere Gasart verwenden. Diese Gasfrage ist aber z. B. noch vollständig ungelöst. Man hat zwar mehrere Kostenanschläge von bekannten Firmen eingefordert, diese haben aber den für die Füllung angelebten Betrag so erheblich überstiegen, daß man auf andere Methoden müssen. So dann schilderte Premierleutnant Groß nach den Tagebüchern der Pariser Luftschiffer und anderen zeitgenössischen Quellen die fünfundsechzig Ballonfahrten, die von Paris aus während der Belagerung von 1870/71 unternommen sind. In Paris waren von der Regierung der nationalen Vertheidigung drei militärische Ballon-Beobachtungsstationen errichtet. Als man eben daran ging, eine vierte zu installieren, traf der Befehl ein, eine Ballonpost einzurichten. Außer den Ballons der vier Stationen befand die zerstörte Stadt nur noch 6 Luftschiffe. Ein Versuch, einen kleinen Ballon mit einem von Godard konstruierten selbsttätigen Ventil nur mit Briefen abzuladen, ein Versuch, der von Meß aus zweimal mit bestem Erfolg unternommen wurde, mißlang, da der Ballon noch innerhalb der Vorpostenlinie niederging, und der Inhalt in die Hände der Deutschen fiel. Man entschloß sich daher, künftig nur noch bewaffnete Ballons abzuladen und errichtete in Orleans und im Nordbahnhof Ballonwerkstätten. Schon am 23. Sept. konnte man mit den Fahrten beginnen. Am 7. Oktober verließ auch Leon Gambetta Paris in einem Ballon. Durch rapides Sinken des Luftschiffes war er dreimal nahe daran, in der Feinde Hand zu fallen, er wurde auch leicht an der Hand verwundet, aber doch noch, nachdem der Ballon auf der Eiche eines Waldes gebrandet, in Sicherheit gebracht, ehe die den Wald absuchenden Deutschen eintrafen. Die in der errichteten Stadt gefertigten Ballons mußten 2000 Kilo fassen, vier Personen tragen und nach 10 Stunden noch 500 Kilo außer dem Eigengewicht heben können. Die Unfertiger erhielten für den Ballon 4000 Frs., mußten dafür aber den mit 300 Frs. honorierten Luftschiffen stellen. Die Gasfüllung zahlte die Regierung. Später wurde der Preis auf 3500 Frs. reduziert und mit 500 Frs. wurden Gas und Luftschiffer bezahlt. Die Herstellung erforderte selbstredend oft der nötigen Sorgfalt, schließlich ging auch geeigneter Ballonstoff aus, und man mußte zu allen möglichen Stoffarten greifen. Mit der Führung des Ballons mußte man, nachdem die wenigen Verfussluftschiffer Paris verlassen, vollständig ungeübte Leute, meist Matrosen und Gymnastiker nehmen, deren Muth recht beachtenswerth ist, wenn man bedenkt, daß die Aufschriften gewöhnlich des Nachts vor sich gingen.

## Lokales.

Posen, 22. Februar.

p. Von der Warthe. Während der Nacht ist die Warthe wieder erheblich gestiegen und hat zum zweiten Mal die Eichwaldstraße überschwemmt. Der Pegel an der Wallstraße brücke zeigte heute Morgen bereits einen Wasserstand von 3,14 Meter, und dabei dürfte nach dem aus Schrimm und Bogorzelice eingetroffenen Nachrichten derselbe im Laufe des Tages noch erheblich zunehmen. Der Eisgang bleibt fortgesetzt ein auffallend geringer, sodaß das Wasser ruhig ablaufen kann. Eine unmittelbare Gefahr liegt daher für die unteren Stadttheile noch nicht vor; die gefährdesten Straßen werden übrigens erst bei einer Höhe von 4 Metern erreicht.

\* Ein Schornsteinbrand brach gestern Abend ¼ Uhr im Hause Schuhmacherstr. 12 aus. Derselbe erschloß bald von selbst, und die inzwischen alarmierte Feuerwehr kam nicht erst in Thätigkeit.

## Telegraphische Nachrichten.

Danzig, 21. Febr. Der Westpreußische Provinziallandtag wurde heute Mittag durch den Oberpräsidenten v. Götzler mit einer Rede eröffnet, in welcher derselbe des Besuchs des Kaisers in Danzig im Mai 1892 gedachte und als vornehmste Aufgaben des Landtags die Förderung der landwirtschaftlichen Einrichtungen, die Regelung des Wegebauwesens, die Errichtung einer dritten Irrenanstalt und die Förderung des Baues von Kleinbahnen bezeichnete.

Halle a. d. S., 21. Febr. Der Regierungsvorstand in Merseburg erläßt folgende Bekanntmachung: In Erwideration auf verschiedene Anfragen, welche an mich gerichtet worden sind, und welche ich einzeln zu beantworten nicht in der Lage bin, mache ich hiermit zur öffentlichen Kenntnisnahme amtlich bekannt, daß während der Metzlebener Epidemie in der Stadt Halle nicht ein einziger Cholerafall vorgekommen, und daß diese Stadt daher völlig seuchenfrei ist.

Leipzig, 21. Febr. Das Reichsgericht hat im Prozeß Polke die Revision des Staatsanwalts in den Fällen für begründet erachtet, wo materielle Rechtsverletzungen behauptet werden. Es sind dies sieben Fälle. Bezüglich dieser sieben Fälle wurde das Urtheil des Landgerichts Berlin aufgehoben, weil die Vermögensschädigung irrtümlich verneint worden war und auch bezüglich der Frage des Betugsversuchs, der Untreue und des dolus Rechtsirrkümmers vorliegen. Bezüglich der erwähnten Fälle ist die Sache an das Landgericht Berlin zurückverwiesen worden.

Wien, 21. Febr. [Abgeordnetenhaus] Bei der fortgesetzten Beratung des Budgets erklärte der Finanzminister, er schließe sich der Theorie von der Unproduktivität der Ausgaben des Militäretats nicht an. Alsdann führte der Finanzminister aus, nach den bisherigen Ergebnissen der Börsensteuer sei die Furcht, daß diese Steuer auf die kleinen Leute überwältigt würde, ungerechtfertigt; die Erörterung der Frage, betreffend die Vermögenssteuer, halte er jetzt, wo es sich um die Einführung der Personal-Einkommensteuer handle, nicht für angezeigt.

Wels (Oberösterreich), 21. Febr. Heute Mittag fand hier die Taufe des jüngstgeborenen Sohnes der Erzherzogin Marie Valerie statt. Kaiser Franz Josef fungirte als Taufpate. Der Erzherzog erhielt den Namen Franz Carl Salvator Maria Joseph Ignaz.

Pest, 21. Febr. Dem Vernehmen nach wird der Finanzminister Dr. Weckerle heute im Abgeordnetenhaus die Bewilligung des provisorischen Budgets bis zum 1. Juni beantragen.

Petersburg, 21. Febr. Der „Rusljej Invalid“ veröffentlicht eine Verordnung über die Formirung je eines Belagerungs-Artillerie-Bataillons zu zwei Kompanien in Dünaburg und Brest. — Ferner veröffentlicht dasselbe Blatt eine Verordnung, nach welcher die Festung Dünamünde in Ustj Dwinst umbenannt wird.

Kopenhagen, 21. Febr. Der Kreuzer „Valkyrien“ wird mit dem Prinzen Waldemar als dritten Offizier nach New York gehen, um an der anlässlich der Chicagoer Welt-Ausstellung in New York stattfindenden Flottenrevue teilzunehmen.

Rom, 20. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Präsident der Kammer, der Ministerpräsident und sieben Deputirte widmeten der Zerbi Nachrufe. Die Berathung der Anfragen über die Unterredung Crispis mit dem Direktor des „Fanfulla“ wurde auf Mittwoch verschoben. Der Handelsminister legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Beteiligung Italiens an der Weltausstellung in Chicago.

Rom, 21. Febr. Der Papst empfing heute den Patriarchen Azarian, welcher ein Schreiben und Geschenke des Sultans überbrachte.

Paris, 21. Febr. Die Regierung hat der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf unterbreitet betreffend die Genehmigung des zwischen Frankreich und Canada abgeschlossenen Handelsübereinkommens, nach welchem Canada namentlich den französischen Weinen eine Herabsetzung des Generaltariffs um 30 Prozent zugesetzt, während Frankreich für kanadische Hölzer den Minimaltarif einräumt.

Paris, 21. Febr. Den amtlichen Angaben zufolge überstiegen die Rücknahmen aus den Staatssparkassen die Einlagen in der Zeit vom 11. bis 20. Februar um 26 Millionen, seit Jahresbeginn um 78 Millionen. Die „Liberté“ schreibt diese Erscheinung weniger der Agitation einzelner Blätter zu als der durch das Finanzgesetz vom 20. Dezember v. J. definierten Herabsetzung des Zinsfußes. Der „Temps“ hält seine gestrige Mittheilung aufrecht, daß der offizielle Ausweis lediglich die in der Staatsdepotkasse zentralisierten Operationen betreffe.

Paris, 21. Febr. Die Academie der Wissenschaften wählte den Prof. Kekulé in Bonn zum korrespondirenden Mitgliede.

Nach einer Meldung des „Figaro“ befände sich als erster auf der Zeugensliste des Panama-Befechungs-Prozesses der Präsident Carnot, welcher darüber vernommen werden solle, ob er niemals die Liste der bestohlenen Abgeordneten gekannt habe, und ob bei ihm keine Schritte in dieser Angelegenheit unternommen worden seien.

Paris, 20. Febr. Das gegenwärtig bestehende Abkommen zwischen der Panama-Gesellschaft und der Regierung von Kolumbien ist bis zum 31. März — nicht, wie heute irrtümlich gemeldet, bis zum 5. März — provisorisch verlängert worden.

Paris, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Senats führte der dritte Vizepräsident Bardouz den Vorst. Derselbe verlas ein Schreiben Le Royers, in welchem er aus Gesundheitsrücksichten seine Emision als Präsident giebt. Bardouz hält unter lebhaftem Beifall eine Lobrede auf Le Royer und gab dem eimüthigen Bedenken des Senats Ausdruck. Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Madrid, 20. Febr. Der Kreuzer „Isabella“ hat Havanna verlassen und sich wegen der auf Haiti herrschenden krisischen Lage dorthin begeben.

Lissabon, 21. Febr. Ribeiro hat sich heute Vormittag 11 Uhr ins königliche Palais begeben, um der Berufung des Königs zu entsprechen. Wie verlautet, würde derselbe die Bildung des Kabinetts übernehmen.

London, 20. Febr. Auf den Antrag des Premierministers Gladstone wählte das Unterhaus ohne Widerspruch John William Mellor zum Vorsitzenden des Subsidienkomitees. Mellor ist damit zum Deputirtensprecher (Vizepräsidenten) des Unterhauses gewählt.

London, 21. Febr. Wie dem „Standard“ aus Shanghai gemeldet wird, hat die chinesische Regierung beschlossen, eine Expedition abzufinden, um die Pamirs mit dem Telegraphennetz des Reiches durch eine Kashgar durchschneidende Linie zu verbinden.

London, 21. Febr. „Reuters Bureau“ meldet aus Kairo: Seit Pascha, bisher Minister der öffentlichen Arbeiten und des Unterrichts, hat als Unterrichtsminister demissioniert, wird aber Arbeitsminister bleiben. Ministerpräsident Riaz Pascha, welcher zur Zeit das Portefeuille des Innern verwaltet, wird auch das Unterrichtsministerium übernehmen.

London, 21. Febr. [Unterhaus.] Shuttleworth erklärte, die italienische Regierung habe nicht die Absicht ein Geschwader zum Besuch nach England zu entsenden. Gelegentlich des internationalen Flottenfestes der Vereinigten Staaten werde der Oberbefehlshaber der Nordamerikanischen Nation mit etlichen Schiffen seines Geschwaders der Flottenrevue in New York teilnehmen. Die Admiraltät erwägt, ob noch einige weitere Schiffe dahin entstehen werden sollen. Grey bezeichnete es als richtig, daß die Afghane im letzten Frühjahr die Chinezen aus Somascha vertrieben hätten. Der Emir von Afghanistan habe erklärt, er habe keine Kenntnis davon gehabt, daß die Afghane hierauf die Afganenhäuptlinge von Baghila Sati und Asch-Gumbay sowie mehrere Familien fortgeschleppt hätten. Einsichtlich beider Vorfälle habe ein freundlicher Meinungsaustausch zwischen der englischen und chinesischen Regierung stattgefunden.

[Unterhaus.] Fowler beantragte die erste Lesung der Novelle zum Wahlregistergesetz behutsch leichterer und korrekterer Eintragung der Wähler in die Wählerlisten. Fowler begründete die Vorlage und führte aus, die Bill beseitige die Disqualifizierung für die Nichtzahlung von Lokalabgaben und mindere die

Dauer des zur Erwerbung des Wahlrechts in einem Distrikte erforderlichen Aufenthalts auf drei Monate herab. Die Registrierung solle ohne Weiteres durch die von den Stadträten und Grossräthen ernannten Registratoren erfolgen. Ein während dreier Monate vor dem 25. Dezember stattgehabtes Domizil in einem Distrikte berechtige für den Fall eines Domizilwechsels zur Übertragung auf einen neuen Distrik.

[Unterhaus.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die erste Lesung der Novelle zum Wahlregistergeleze angenommen. Der Staatssekretär des Innern Asquith beantragte sodann die zweite Lesung der Bill betreffend die Änderung der Bestimmungen über die Haftpflicht der Arbeitgeber.

Asquith betonte, das Prinzip, auf welchem die Bill beruhe, sei, daß, wennemand zu seinem eigenen Vortheil Kräfte in Bewegung setze, die ein Risiko für Andere involviere, er für die Folgen verantwortlich sei. Es würde indessen dem Arbeitgeber freistehen, die Fahrlässigkeit des Arbeiters zu seiner Vertheidigung geltend zu machen. Die Vorlage erstreckt sich auch auf die Maistroen, welche auf englischen Schiffen dienen. Chamberlain beantragte ein Amendement, in welchem ausgeführt wird, daß keine Änderung des Gesetzes befriedigend sei, welche den Arbeitern nicht eine Entschädigung sichert für alle Verlegerungen, die sie im gewöhnlichen Gange ihrer Beschäftigung erleiden und die nicht durch ihre eigenen Handlungen oder durch ihre eigene Schuld verursacht worden sind. Die Debatte über das Amendement wurde vertagt.

Konstantinopel, 21. Febr. Die „Agence de Constantinople“ ist von kompetenter Seite ermächtigt worden, die Blättermeldung, wonach das amerikanische Kollegium vom Merstab im Blattet Sivas (Kleinasiens) durch Muselmanen in Brand gestellt sein sollte, für durchaus falsch zu erklären. Ebenso unrichtig sei die Meldung über eine blutige Schlägerei zwischen Christen und Muselmanen in Cäsarea. Die Behauptung, daß die dortigen Polizeibehörden an die Muselmanen Waffen vertheilt hätten, sei eine absurde Verleumdung. Auch in europäischen Diplomatenkreisen werde konstatiert, daß die in den Blättern über die genannten Vorgänge veröffentlichten Mitteilungen auf starken Nebentreibungen beruhen.

New-York, 20. Febr. Für die Philadelphia- und Reading-Eisenbahngesellschaft sind drei Sequester ernannt worden.

Philadelphia, 21. Febr. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter erklärte der Präsident der Philadelphia- und Reading-Eisenbahn-Gesellschaft, Meleod, die Ernennung der drei Sequester sei die einzige Maßregel gewesen, die man nach den gegen die Eisenbahn-Gesellschaft gerichteten Angriffen, die es der Gesellschaft unmöglich gemacht hätten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, hätte ergreifen können. Die Maßregel werde keiner der Pläne der Gesellschaft hemmen, sie werde letztere sogar in den Stand setzen, ihre Geschäfte zu verbessern und weiter zu entwickeln. Der Gesellschaft seien von allen Seiten Hilfsmittel angeboten worden; sie werde jeden Dollar bezahlen, den sie schuldig sei.

New-Orleans, 21. Febr. Der General der konföderirten Staaten während des amerikanischen Bürgerkrieges Beauregard ist gestorben.

## Handel und Verkehr.

\*\* Dortmund, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft zu Dortmund wurde der Vertrag betreffend die Bildung des Verkaufsvertrags Harpener Mont-Cenis genehmigt, der die gemeinsame Förderung zum Kohlensyndikat anmelden wird. Der Betriebsgewinn der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft beträgt pro Januar 355 000 M., der Förderungsauffall durch den theilweisen Streit bezieht sich auf 26 000 Tonnen im Vergleiche mit dem Vormonat.

\*\* Wien, 21. Febr. Der Projekt betreffend die Subskription von 60 Millionen vierprozentiger österreichischer Goldrente stellt den Subskriptionspreis auf 98½% fest. Die Subskription erfolgt in Österreich-Ungarn, Deutschland, der Schweiz, Belgien und Holland am 27. Februar, die Abnahme der gezeichneten Obligationen vom 15. März bis spätestens zum 31. Mai. Die Subskription bildet einen Theil der verfassungsmäßig genehmigten Anleihe behufs Beschaffung von Gold bis zum Betrage von 188 456 000 Goldgulden.

Die Generalversammlung der Österreichischen Kreditanstalt findet am 6. April statt.

## Marktberichte.

Breslau, 21. Febr. (Amtlicher Produktionsbörse-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo. — Gefündigt — Br. abgelaufene Kündigungsscheine — p. Febr. 133,00 Br. April-Mai 135,00 Br. Mai-Juni 138,00 Br. Juni-Juli 139,00 Br. Hafer (p. 100 Kilo) p. Febr. 133,00 Br. Rübbel (p. 100 Kilo) p. Febr. 15,00 Br. April-Mai 55,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Fas: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine — p. Febr. 50er 50,80 Br. Febr. 70er 81,3. Br. April-Mai 32,70 Br. Binf. Ohne Umsatz. — Börsenkommision.

\*\* Hamburg, 20. Febr. [Kartoffelfabrikate.] Tendenz fest. Kartoffelstärke. Primawaare prompt 20%—20% M. Lieferung 20%—20% M. — Kartoffelmehl. Primawaare 19½% bis 20½% M. Lieferung 19%—20½% M. Superiorstärke 20% bis 21½% M. Superiormehl 21—21½% M. Dextrin, weiß und gelb prompt 27%—28% M. — Capillaer-Syrup 44 Br. prompt 23%—24% M. Traubenzucker prima weiß 24—25 M.

## Bromberger Seehandlungs-Mühlen.

(Ohne Verbindlichkeit)

vom 20. Februar 1893.

### Weizen-Fabrikate

Gries Nr. 1 . . .	14	40	Mehl 00 gelb Band	11	20
do. = 2 . . .	13	40	do. 0 (Griesmehl)	7	20
Kaiserauszugmehl. . .	14	80	Brotmehl . . .	—	—
Mehl 000 . . .	13	80	Futtermehl . . .	5	—
do. 00 weiß Band . . .	11	60	Kleie . . .	4	60

### Roggen-Fabrikate

Mehl 0 . . .	10	—	Kommissmehl . . .	8	20
do. 0/1 . . .	9	20	Schrot . . .	7	20
do. I . . .	8	60	Kleie . . .	4	80
do. II . . .	5	60			

### Gersten-Fabrikate

Graupe Nr. 1 . . .	15	50	Grüze Nr. 2 . . .	10	50
do. = 2 . . .	14	—	do. = 3 . . .	10	—
do. = 3 . . .	13	—	Kochmehl . . .	7	20
do. = 4 . . .	12	—	Futtermehl . . .	5	—
do. = 5 . . .	11	50	Buchweizengrüze I	15	60
do. = 6 . . .	11	—	II	15	20
do. grobe . . .	10	—	Maismehl . . .	—	—
Grüze Nr. 1 . . .	11	50	Maischrot . . .	—	—

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Tem. i. Cel. Grad.
Stunde 66 m Seehöhe.				
21. Nachm. 2	741,2	SO schwach	bedeckt	+ 3,5
21. Abends 9	736,1	O schwach	bedeckt	+ 3,4
22 Morgs. 7	732,3	N schwach	bedeckt	+ 1,2
1) Den Tag über Nebel, Abends schwacher Regen. 2) Früh starker Nebel.				
Am 21. Febr. Wärme-Maximum + 4,1° Cel.				
Am 21. Wärme-Minimum + 1,1°				

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Febr. Morgens	2,62 Meter
= 21. Mittags	2,66
= 22. Morgens	3,12

## Produkten- und Börsenberichte.

### Gold-Karte.

Breslau, 21. Febr. (Schlußkurse.) Behauptet. Neuer Zproz. Reichsanleihe 87,90, 3½% proz. L-Pfandbr. 99,00, Konso. Türk. 22,20, Türk. Boose 94,00, 4proz. Goldrente 98,00, Bresl. Distriktofant 97,25, Breslauer Wechslerbank 97,25, Kreditaktien 179,50, Schles. Bankverein 115,00, Donnersmarckhütte 89,90, Altböhm. Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 123,00, O

Bremen, 21. Febr. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins  
5 Proz. Nordb. Wulkmämers- und Kammgarn-Spinnerel-Aktien  
160 Br., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 114%, bez.

Hamburg, 21. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig,  
holsteiner loko neuer 154—158 — Roggen loko ruhig medlenb.  
loko neuer 134—136. russischer loko ruhig, transito 110. —  
Hafer ruhig — Gerste ruhig. — Rüböl unverz. ruhig, nom. loko  
14,20. — Spiritus loko fest, ter Februar 23%, Br., er Febr.  
März 23 Br., ver April 22%, Br., per Mai-Juni 22%, Br. —  
Kaffee ruhig. Umsatz — Sad. — Petroleum loko behpt. Standard  
white loko 5,20 Br., ve. März 5,05 Br. — Wetter: Brachtvoll.

Hamburg, 21. Febr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good aver. ge  
Santos per März 83%, per Mai 81%, per Sept. 81%, per Dez.  
80%. Ruhig.

Hamburg, 21. Febr. Budermorkt. (Schlußbericht.) Rübener-  
Hobzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei  
an Bord Hamburg vor Februar 14,10, per März 14,05, per  
Mai 14,30, per Sept. 14,25. Flau.

Berst, 21. Febr. Produktenmarkt. Weizen fester, vor Früh-  
jahr 7,48 Gd., 7,50 Br., per Herbst 7,58 Gd., 7,60 Br. Hafer  
vor Frühjahr 5,60 Gd., 5,62 Br. Mais per Mai-Juni 4,78 Gd.  
4,79 Br. Kohlraps per August-Sept. 12,30 Gd., 12,40 Br. —  
Brachtvoll.

Paris, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen behpt.,  
p. Febr. 21,50, p. März 21,70, p. März-Juni 22,00, p. Mai-August  
22,20. — Roggen ruhig, vor Febr. 18,70, ter Mai-August 14,50.  
— Mehl behpt., vor Febr. 47,50, per März 47,70, p. März-Juni  
48,10, per Mai-August 48,80. — Rüböl fest, vor Febr. 60,75,  
per März 61,25, p. März-Juni 62,00, per Mai-August 62,50. —  
Spiritus ruhig, vor Febr. 47,00, per März 47,00, per März-  
April 47,00, v. Mai-August 47,25. — Wetter: Regnerisch.

Paris, 21. Febr. (Schluß.) Hobzucker ruhig, 88 Proz. loko  
38,50. Weizen Hafer weichend, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Febr.  
40,25, per März 40,37%, per März-Juni 40,62%, per Mai-  
August 41,12%.

Gabre, 21. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler  
u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 25 Points Baisse.

Rin 18,00 Sad, Santos 7,00 Sad Rezettes für 2 Tage.

Gabre, 21. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler  
u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Febr. 104,25, p. März  
104,25, per Mai 102,25. Ruhig.

Amsterdam, 21. Febr. Bancazium 55%.

Amsterdam, 21. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam, 21. Febr. Getreidemarkt. Weizen vor März

174, per Mai 176. — Roggen p. März 132, per Mai 180.

Antwerpen, 21. Febr. (Telegr. der Herren Willems und Co.)  
Wolle. La Blata-Bug, Type B, März 4,50 Käufer, bez. Juni  
4,45 Käufer.

Antwerpen, 21. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raf-  
fintires Type wetz loko 12%, bez. und Br., per Febr. 12%, Br.,  
p. März-April 12%, Br., per Sept.-Dez. 12%, Br. Ruhig.

Antwerpen, 21. Febr. Getreidemarkt. Weizen schwach.

Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste unbeliebt.

Petersburg, 21. Febr. Produktenmarkt. Talg loko 57,00,  
per August —. Weizen loko 11,25, Roggen loko 8,50, Hafer  
loko 4,90, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 15,25. — Wetter: Frost.

London, 21. Febr. Chili-Kupfer 45%, per 3 Monat 45%.

London, 21. Febr. An der Küste 3 Weizenladungen angekotet.

— Wetter: Regen.

London, 21. Febr. 96 p.Ct. Java-Zucker loko 16%, ruhig, Rübener-  
Hobzucker loko 14% matt.

Glasgow, 21. Febr. Hobzessen (Schluß.) Mixed numbers  
warrants 45 lb. Käufer, 46 lb. Verkäufer.

Liverpool, 21. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle  
Umsatz 6,000 Ball., davon für Spekulation und Export 1,000 B.  
Unverändert.

Mitbd. amerikan. Lieferungen: Februar-März 42%, April-  
Mai 41%, Juni-Juli 51%, August-Sept. 51%, do. Alles Käufer-  
preise. ■■■

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol = 41/2 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechseln, 21. Febr.	
Amsterdam, 21/2% 8 T.	169,40 bz
London ..... 3/2% 8 T.	20,44 bz
Paris, ..... 2/2% 8 T.	81,10 G.
Wien ..... 4% 8 T.	168,55 G.
Petersburg, 4/2% 3W.	215,30 bz
Warschau, 4/2% 8 T.	216,00 bz

In Berl. 3. Lomb. 3/4 u. 4. Privatd. 4% G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Bouvereigns ..... 20,42 bz

20 Francs-Stück ..... 16,255 bz

Gold-Dollars ..... 24,46 bz

Engl. Not. 1 Pfld. Sterl. 20,46 bz

Franz. Not. 100 Frcs. 81,20 bz

Oest. Noten 100 Rrs. 168,65 bz

Russ. Noten 100 Rrs. 216,30 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl. 4% 108,00 B.

do. do. 3/2% 101,40 G.

do. do. 87,75 bz G.

Prss. cons. Anl. 4% 107,80 G.

do. do. 3/2% 101,40 G.

do. do. 87,75 bz G.

do. Sps. int. 3/2% 100,20 G.

Sta.-Sohd.-Sch. 3/2% 99,20 B.

Berl. Stadt-Obl. 3/2% 99,20 B.

do. neue 3/2% 99,20 B.

Posen. Prov. Anl. 3/2% 97,00 bz G.

Anl. Scheine 5% 113,60 G.

Berliner.... 5% 108,60 G.

do. .... 4% 104,80 bz

Ctrl. Ldsch. 4% 99,40 bz

Kurz.Neu.Mrk. 3/2% 98,75 G.

do. .... 3/2% 97,75 G.

Ostpreuss. 3/2% 97,90 bz G.

Pomm. 3/2% 99,25 G.

Posensch. 4% 102,60 G.

Sohls. altl. 3/2% 98,10 bz

do. do. 3/2% 98,75 G.

Idsch. Lt.A 3/2% 98,75 G.

do. do. 3/2% 98,75 G.

do